

--

Zusatzvereinbarung vom	Supplemental Agreement dated
zu den in Nr. 5 Abs. 1 genannten Verträgen	relating to agreements referred to in Clause 5 sub-Clause 1

In the event of any divergence between the English and German texts, constructions, meanings or interpretations, those of the German original shall govern exclusively.

Zusatzvereinbarung über die vertragliche Anerkennung von Abwicklungsmaßnahmen (2021)

Supplemental Agreement Relating to the Contractual Recognition of Resolution Action 2021

Zwischen

between

Name und Anschrift des Vertragspartners	Name and address of the Counterparty
(nachstehend „Vertragspartner“ genannt)	(hereinafter referred to as „Counterparty“)

und

and

Name und Anschrift der Bank	Name and address of the Bank
(nachstehend „Bank“ genannt)	(hereinafter referred to as „Bank“)

(Bank und Vertragspartner nachstehend zusammen die „Parteien“)

(Bank and Counterparty jointly hereinafter referred to as „parties“)

1. Zweck und Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Die Bank unterliegt den Anforderungen des Gesetzes zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG). Die Parteien haben Finanzkontrakte abgeschlossen, für die sie die Anwendbarkeit des Rechtes eines Drittstaates vereinbart haben. Zur Erfüllung der sich aus §§ 55 und 60a SAG ergebenden Pflichten vereinbaren die Parteien die nachfolgenden Bestimmungen.
- (2) Durch Abschluss dieser Zusatzvereinbarung werden zwischen den Parteien diejenigen Verträge geändert, die in Nr. 5 Abs. 1 benannt sind, und zwar unabhängig davon, ob die Parteien einen oder mehrere Verträge desselben Inhalts abgeschlossen haben.
- (3) Sind sowohl der Vertragspartner als auch die Bank dem ISDA 2015 Universal Resolution Stay Protocol oder einem anderen Protokoll über die vertragliche Anerkennung von Abwicklungsmaßnahmen oder einem die vorstehend erwähnten Protokolle ergänzenden Anhang beigetreten, wird das betreffende Protokoll oder der Anhang nicht Bestandteil der in Nr. 5 Abs. 1 benannten Verträge, es sei denn, die Parteien legen dies ausdrücklich fest.

2. Begriffsbestimmungen

Im Sinne der Zusatzvereinbarung sind

- „Abwicklungsbehörde“ die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) oder, soweit gemäß der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 die von der BaFin wahrzunehmenden Aufgaben oder auszuübenden Befugnisse von dem Ausschuss für die einheitliche Abwicklung („Ausschuss“) wahrgenommen oder ausgeübt werden, der Ausschuss;
- „Abwicklungsmaßnahmen“ die in § 2 Abs. 3 Nr. 5 SAG beschriebene Anwendung eines Abwicklungsinstruments oder Ausübung einer Abwicklungsbefugnis durch die Abwicklungsbehörde;
- „Drittstaat“ jeder Staat, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist;
- „Finanzkontrakt“ jeder der in § 2 Abs. 3 Nr. 21 SAG benannten Kontrakte, Vereinbarungen oder vergleichbaren Verträge, insbesondere Finanztermingeschäfte, Wertpapierdarlehen und Wertpapierpensionsgeschäfte;
- „gruppenangehöriges Institut“ jedes Institut im Sinne des § 2 Abs. 1 SAG, das in Bezug auf die Bank ein übergeordnetes oder nachgeordnetes Unternehmen im Sinne des § 2 Abs. 3 Nr. 30 SAG ist;
- „Verordnung (EU) Nr. 806/2014“ die Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010.

1. Purpose and Scope of Agreement

- (1) The Bank is subject to the requirements of the “Act on Recovery and Resolution of Credit Institutions and Financial Groups” (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG). The parties hereto have entered into financial contracts, which, pursuant to the agreement of the parties, are governed by the laws of a Third Country. The parties hereto conclude this agreement in order to fulfil the obligations arising from Sections 55 and 60a of the SAG.
- (2) By entering into this Supplemental Agreement, the agreements referred to in Clause 5 sub-Clause 1 will be amended between the parties, irrespective of whether the parties have entered into one or more agreements relating to the same subject matter.
- (3) If both, the Counterparty and the Bank have adhered to the ISDA 2015 Universal Resolution Stay Protocol or another protocol relating to contractual recognition of resolution action or an annex supplementing any such protocol, the respective protocol or annex will not form part of the agreements referred to in Clause 5 sub-Clause 1, unless the parties hereto have explicitly agreed otherwise.

2. Definitions

In this Supplemental Agreement, the following capitalised terms shall have the following meanings:

- “Resolution Authority” means the Federal Financial Supervisory Authority (die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)) or, to the extent the duties to be fulfilled or powers to be exercised by the BaFin pursuant to the Regulation (EU) No. 806/2014 are fulfilled or exercised by the Single Resolution Board (the “Board”), the Board;
- “Resolution Action” means the application of a resolution tool or exercise of a resolution power by the Resolution Authority as referred to in Section 2 para. 3 No. 5 of the SAG;
- “Third Country” means each country which is not a member of the European Union;
- “Financial Contract” means each contract, arrangement and similar agreement referred to in Section 2 para. 3 No. 21 of the SAG, in particular financial derivatives transactions, securities lending transactions and securities repurchase transactions;
- “Group Institution” means each institution within the meaning of Section 2 para. 1 of the SAG, which constitutes a parent undertaking or a subsidiary undertaking pursuant to Section 2 para. 3 No. 30 of the SAG with respect to the Bank;
- “Regulation (EU) No. 806/2014” means the Regulation (EU) Nr. 806/2014 of the European Parliament and of the Council of 15 July 2014 establishing uniform rules and a uniform procedure for the resolution of credit institutions and certain investment firms in the framework of a Single Resolution Mechanism and a Single Resolution Fund and amending Regulation (EU) No 1093/2010.

3. Anerkennung der Ausübung von Befugnissen gemäß § 60a SAG

- (1) Für den Fall, dass die Abwicklungsbehörde gegenüber der Bank oder einem gruppenangehörigen Institut eine der in § 60a SAG genannten Befugnisse ausübt, erkennt der Vertragspartner bereits jetzt die mit der Ausübung der Befugnisse verbundenen Einschränkungen seiner Rechte aus den unter Nr. 5 Abs. 1 benannten Verträgen in demjenigen Umfang an und stimmt hiermit einer entsprechenden Änderung dieser Verträge zu, in dem sie für ihn gelten würden, wenn für diese Verträge deutsches Recht oder das Recht eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union vereinbart worden wäre. Dies gilt insbesondere für die Suspendierung von vertraglichen Pflichten (auch im Fall einer Bestandsgefährdung), die Beschränkung von Sicherungsrechten, die vorübergehende Aussetzung von Beendigungsrechten, die Übertragung von Verträgen, und die generelle Einschränkung von Beendigungsrechten im Anschluss an eine Abwicklungsmaßnahme.
- (2) Die von der Abwicklungsbehörde gegen die Bank oder gegen eines ihrer gruppenangehörigen Institute angeordnete Abwicklungsmaßnahme löst keine Beendigungsrechte aus, insbesondere ist sie kein wichtiger Grund zur Beendigung eines Rahmenvertrages oder – im Falle des Europäischen Rahmenvertrags (EMA) – keine zur Kündigung des Rahmenvertrages berechtigende „Änderung von Umständen“.
- (3) Die Bestimmungen der Nr. 3 sind abschließend und vollständig mit Blick auf die Anerkennung der Befugnisse gemäß § 60a SAG, und alle anderen Regelungen, die die Parteien im Hinblick auf die Anerkennung dieser Befugnisse in Bezug auf die in Nr. 5 Abs. 1 benannten Verträge getroffen haben, werden durch diese Zusatzvereinbarung ersetzt.

4. Anerkennung der Anwendung des Abwicklungsinstruments der Gläubigerbeteiligung

Der Vertragspartner erkennt hiermit an, dass die in Nr. 5 Abs. 1 benannten Verträge der Anwendung des Instrumentes der Gläubigerbeteiligung nach §§ 90 bis 93 SAG durch die Abwicklungsbehörde unterliegen und damit im Abwicklungsfall teilweise oder vollständig herabgeschrieben oder gegebenenfalls in Eigenkapitalinstrumente umgewandelt werden können. Insbesondere erkennt der Vertragspartner an, dass

- (a) die Abwicklungsbehörde nach § 93 Abs. 2 oder Abs. 5 SAG einzelne oder sämtliche der in Nr. 5 Abs. 1 benannten Verträge kündigen kann,
- (b) die Abwicklungsbehörde eine ihm im Falle der Kündigung nach Buchstabe (a) zustehende Forderung wegen Nichterfüllung, einheitliche Ausgleichsforderung, einen Liquidationswert oder eine sonstige aus der Gesamtabwicklung eines Rahmenvertrages resultierende Nettoausgleichsforderung gemäß § 90 SAG ganz oder teilweise herabschreiben kann,
- (c) die zuständige Abwicklungsbehörde entscheiden kann, eine ihm im Falle der Kündigung nach Buchstabe (a) zustehende Forderung wegen Nichterfüllung, einheitliche Ausgleichsforderung, einen Liquidationswert oder eine sonstige aus der Gesamtabwicklung eines Rahmenvertrages resultierende Nettoausgleichsforderung ganz oder teilweise in Anteile oder in andere Instrumente des harten Kernkapitals der Bank, eines Gruppenunternehmens oder eines Brückeninstituts, auf das Vermögenswerte übertragen werden, umzuwandeln,
- (d) die Abwicklungsbehörde gemäß § 78 Abs. 1 Nr. 3 oder § 79 Abs. 5 Nr. 1 SAG die Bedingungen einzelner oder sämtlicher der in Nr. 5 Abs. 1 benannten Verträge bei Bedarf so abändern kann, dass die Ausübung der Herabschreibungs- und Umwandlungsrechte wirksam werden kann und
- (e) die Bestimmungen der Nr. 4 abschließend und vollständig sind und alle anderen Regelungen, die die Parteien im Hinblick auf die Anerkennung von Abwicklungsinstrumenten in Bezug auf die in Nr. 5 Abs. 1 benannten Verträge getroffen haben, ersetzen.

5. Besondere Vereinbarungen

- (1) Durch diese Zusatzvereinbarung erfasste Verträge:
 - a) Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte (2018)
Master Agreement for Financial Derivatives Transactions (2018)
 - b) Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte (1993/2001)
Master Agreement for Financial Derivatives Transactions (1993/2001)
 - c) Schweizer Rahmenvertrag für Over the Counter-(OTC-) Derivate (1994)
Swiss Master Agreement for Over the Counter Derivative Transactions (1994)
 - d) Schweizer Rahmenvertrag für OTC Derivate (2003)
Swiss Master Agreement for OTC Derivative Transactions (2003)
 - e) Schweizer Rahmenvertrag für OTC Derivate (2013)
Swiss Master Agreement for OTC Derivative Transactions (2013)

3. Recognition of the Exercise of the Powers under Section 60a of the SAG

- (1) If the Resolution Authority exercises any of the powers referred to in Section 60a of the SAG with respect to the Bank or any of its Group Institutions, the Counterparty accepts already now the limitations to its rights arising from the agreements referred to in Clause 5 sub-Clause 1 resulting from the exercise of such powers and agrees to the corresponding amendment of such agreements. The Counterparty accepts such limitations to the extent that such limitations would apply to it, if the agreements referred to in Clause 5 sub-Clause 1 were governed by the laws of Germany or any other Member State of the European Union pursuant to the agreement of the parties. Such acceptance applies in particular to the suspension of contractual obligations (also in case of likely failure), the limitation of the collateral rights, the temporary stay of termination rights, the transfer of agreements and the general limitation on termination rights following a Resolution Action.
- (2) Any Resolution Action taken by the Resolution Authority with respect to the Bank or any of its Group Institutions does not give rise to any termination rights, in particular it does not constitute a material cause (wichtiger Grund) for termination of a master agreement or – in case of a European Master Agreement (EMA) – a "change of circumstances" leading to the right to terminate a master agreement.
- (3) The provisions under Clause 3 are exhaustive and final with regard to the recognition of the powers under Section 60a SAG and any other provisions the parties may have agreed upon concerning the recognition of these powers in respect of the agreements specified in Clause 5 sub-sub-Clause 1 are herewith replaced by this supplemental agreement.

4. Recognition of the Application of the Bail-in Resolution Tool

The Counterparty hereby accepts that the agreements referred to in Clause 5 sub-Clause 1 fall within the application by the Resolution Authority of the bail-in tool pursuant to Sections 90 to 93 of the SAG and for this reason, in case of a resolution, may be written down in part or in full or converted into ordinary shares or other instruments of ownership. In particular, the Counterparty accepts that

- (a) pursuant to Section 93 para. 2 or 5 of the SAG, the Resolution Authority may terminate any or all agreements referred to in Clause 5 sub-Clause 1,
- (b) following the termination pursuant to lit. (a), the Resolution Authority may, pursuant to Section 90 of the SAG, write down - in whole or in part - the claim for non-performance, the single compensation claim, the liquidation value or any other net compensation claim of the Counterparty resulting from a termination of the master agreement as a whole.
- (c) following the termination pursuant to lit. (a), the competent Resolution Authority may decide to convert the claim for non-performance, the single compensation claim, the liquidation value or any other net compensation claim of the Counterparty resulting from a termination of the master agreement as a whole or in part into ordinary shares or other common equity tier 1 instruments of the Bank, any of its group undertakings or the bridge institution, to which assets will be transferred,
- (d) pursuant to Section 78 para. 1 No. 3 or Section 79 para. 5 No. 1 of the SAG, the Resolution Authority may modify the terms of any or all agreements referred to in Clause 5 sub-Clause 1 as necessary such that the exercise of the write-down and conversion rights can become effective, and
- (e) the provisions of Clause 4 constitute the full and exclusive agreement of the parties and replace all other arrangements that the parties have entered into relating to the recognition of the resolution tools with respect to the agreements referred to in Clause 5 sub-Clause 1.

5. Special Provisions

- (1) This Supplemental Agreement relates to the following agreements:

- f) Rahmenvertrag für Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos)
Master Agreement for Securities Repurchase Transactions (Repos) (2005)
- g) Rahmenvertrag für (echte) Wertpapierpensionsgeschäfte
Master Agreement for Securities Repurchase Transactions (1997)
- h) Rahmenvertrag für Wertpapierleihgeschäfte
Master Agreement for Securities Lending Transactions
- i) Rahmenvertrag für Wertpapierdarlehen
Master Agreement for Securities Lending Transactions
- j) Rahmenvertrag für Finanzgeschäfte
European Master Agreement – EMA
- k) Rahmenvertrag für Finanzgeschäfte – EMA 2020
European Master Agreement 2020 – EMA 2020
- l) Clearing-Rahmenvereinbarung (2013)
Clearing Framework Agreement (2013)
- m) Clearing-Rahmenvereinbarung (2019)
Clearing Framework Agreement (2019)
- n) andere Verträge:
other agreements:

(2) Nr. 4 findet / Clause 4 shall

- keine Anwendung / not apply.
- nur auf folgende, in Absatz 1 benannte Verträge Anwendung:
apply only with respect to the following agreements referred to in sub-Clause 1:

<input type="checkbox"/> a)	<input type="checkbox"/> c)	<input type="checkbox"/> e)	<input type="checkbox"/> g)	<input type="checkbox"/> i)	<input type="checkbox"/> k)	<input type="checkbox"/> m)
<input type="checkbox"/> b)	<input type="checkbox"/> d)	<input type="checkbox"/> f)	<input type="checkbox"/> h)	<input type="checkbox"/> j)	<input type="checkbox"/> l)	<input type="checkbox"/> n)

6. Anwendbares Recht

Diese Zusatzvereinbarung und die durch diese Zusatzvereinbarung erfolgenden Änderungen in den in Nr. 5 Abs. (1) benannten Verträgen unterliegen dem für diese Verträge jeweils vereinbarten anwendbaren Recht.

6. Applicable Law

This Supplemental Agreement, and any amendments made in any of the agreements specified in No. 5 para. 1 as a consequence of this Supplemental Agreement, are in each case subject to the governing law of the agreement amended hereby.

7. Sonstige Vereinbarungen

7. Other Provisions

Unterschrift(en) des Vertragspartners

Signature(s) of the counterparty

Unterschrift(en) der Bank

Signature(s) of the bank